

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Vermögensbildungspolitik – Finanzielle Bildung zahlt sich aus

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. ein Grundverständnis finanzieller Bildung und das Erfassen elementarer wirtschaftlicher Zusammenhänge heute wichtiger ist denn je. Insbesondere in den Verbraucherschutzzentralen oder ähnlichen Organisationen ist für die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns kaum etwas zum Thema praktische und marktwirtschaftliche Finanz- und Vermögensbildung zu finden.
2. mit einer sehr niedrigen Eigentumsquote von nur 37,8 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und einer kaum vorhandenen privaten Altersvorsorge die Gefahr für Altersarmut zwangsläufig weiter signifikant steigen wird.
3. auch an den Universitäten unseres Landes, und noch viel deutlicher in der allgemeinen Bevölkerung große Defizite zum Thema Finanzbildung vorhanden sind.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Verbraucherschutzzentralen und ähnliche Organisationen weiter auszubauen und finanziell bzw. fachlich zu fördern, um Transparenz und Kenntnisse über Finanzprodukte und deren Chancen und Risiken in die Bevölkerung zu tragen.
2. finanzielle Mittel für aktuelle Finanzbildungsliteratur und entsprechende Onlineangebote für unsere öffentlichen Bibliotheken bereitzustellen.
3. mit Banken, Sparkassen und FinTech-Unternehmen zusammenzuarbeiten, um innovative Lösungen zur Förderung der finanziellen Bildung zu entwickeln und zu verbreiten. Gleichzeitig sind Kurse an den Volkshochschulen zum Thema Finanz- und Vermögensbildung zu fördern.
4. Förderprogramme zum Eigenheimerwerb für Familien und Alleinstehende auf Landesebene neu zu konzipieren und zum nächsten Doppelhaushalt die Grunderwerbsteuer von derzeit 6 auf 5 Prozent zu senken, um den Erwerb von privatem Wohneigentum zu fördern.

5. das Sach- und Entwicklungskapital in den Unternehmen zu steigern und Unterstützung für Gründerzentren sowie Inkubatoren bereitzustellen und dabei spezielle Programme zur unternehmerischen Bildung einzuführen und zu fördern, um die Bürger und angehenden Unternehmer in den Grundlagen der Geschäftsführung und Unternehmensfinanzierung zu schulen.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Die Notwendigkeit für die Einführung bzw. den Ausbau von finanzieller Bildung in der Bevölkerung wird schmerzhaft deutlich durch zahlreiche aktuelle Studien und Umfragen, die zeigen, wie schlecht es um die allgemeine Finanzbildung steht. Dabei ist Mecklenburg-Vorpommern natürlich keine Ausnahme, sondern steht ganz im Gegenteil wie in vielen Bereichen auf den hinteren Plätzen. Mittlerweile wurden Dutzende von Studien veröffentlicht, die sich mit dem Thema „Finanzbildung in Deutschland“ auseinandergesetzt haben. Die Statistiken sind zwar wenig überraschend, aber durchaus besorgniserregend. Insbesondere Deutschland schneidet in zahlreichen nationalen und internationalen Studien schlecht bis sehr schlecht ab. Der Nachholbedarf im Bereich Finanzbildung ist im direkten Vergleich zum Beispiel mit unseren Nachbarn aus Skandinavien signifikant.

In einer Studie des deutschen Bankenverbandes¹ von 2021 gaben ca. 70 Prozent der Befragten an, dass sie „nicht so viel“ oder „nichts“ über Wirtschaft und Finanzen gelernt haben. Der Wunsch, mehr Finanzbildung in das Bildungssystem in die Bevölkerung zu integrieren, ist vorhanden, bei der Umsetzung hinkt die derzeitige Politik noch weit hinterher. Die meisten Menschen in Mecklenburg-Vorpommern wären beim Schulfach „Finanzielle Bildung“ stark versetzungsgefährdet. Daher muss finanzielle Bildung zur Allgemeinbildung an unseren Schulen und in der Bevölkerung eingeführt und weiterentwickelt werden, denn sie zahlt sich nicht nur für die gesamte Gesellschaft aus, sondern ist gleichzeitig ein unverzichtbarer Teil zur freien Persönlichkeitsentfaltung.

¹ https://bankenverband.de/files/202208/migration/files/2021_09_28_Charts_Jugendstudie_gesamt-final.pdf